

BESCHLUSS

10 jugendpolitische Forderungen zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 20.9.2026

780.000 junge Menschen im Alter zwischen 6 und 27 Jahren leben in Berlin. Das sind 21 Prozent aller in Berlin lebenden Menschen. Damit bilden sie eine Minderheit in der Stadt, die noch dazu zu einem großen Teil nicht wahlberechtigt ist. Viele junge Menschen haben den Eindruck, dass ihre Perspektiven wenig Relevanz für politische Entscheidungen haben, dass ignoriert wird, dass jede politische Entscheidung Auswirkungen auf ihr Leben hat. Das frustriert, belastet und schwächt das Vertrauen in Demokratie und Politik. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen alle jungen Menschen gut aufwachsen können, unabhängig davon, ob sie aus reichen oder armen Familien kommen, welche Schulform sie besuchen, wohnungslos sind, ob sie einen Migrationshintergrund haben, ob sie in Berlin geboren oder für eine Berufsausbildung oder ein Studium nach Berlin gekommen sind oder ob sie, bspw. aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung, besondere Unterstützungsbedarfe haben. Alle jungen Menschen brauchen sichere Perspektiven und gleichen Chancen. Dabei muss immer auch im Blick bleiben, dass viele junge Menschen nicht nur aufgrund ihres Alters, sondern auch aufgrund von Rassismus, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion oder Behinderung Diskriminierung erfahren.

Eine gute Jugendpolitik ist eine abgestimmte, jugendfreundliche Politik, der sich alle Politikfelder verpflichtet fühlen. Ob es um die Gestaltung des öffentlichen Raums geht, um sichere Fuß- und Radwege, eine gute Jugendarbeit oder um bezahlbaren Wohnraum. Damit junge Menschen gut aufwachsen können, müssen alle Ressorts für gute Rahmenbedingungen sorgen und zusammenarbeiten.

Der Landesjugendring legt mit diesem Positionspapier ausgewählte jugendpolitische Forderungen zur Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 vor. Eine zukünftige Berliner Landesregierung wird sich an der Umsetzung dieser Forderungen messen lassen müssen.

Wohnen

Junge Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen suchen Wohnraum in Berlin: Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende, Berufsanfänger*innen, Careleaver*innen sowie junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Übergangsphasen. Ein eigenes Zuhause ist für junge Menschen ein entscheidender Schritt. Sicherer und bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage für persönliche Entwicklung, soziale Teilhabe und die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Junge Menschen sind in der ohnehin sehr angespannten Wohnungslage in Berlin mit jugendspezifischen Benachteiligungen konfrontiert. Sie verfügen über geringere finanzielle Ressourcen, unsichere Einkommensperspektiven und sind neu auf dem Wohnungsmarkt.

Unsere Forderungen

- Jugendquote bei Wohnraumvergabe
Um strukturelle jugendspezifische Benachteiligungen bei der Wohnungssuche auszugleichen sollen öffentliche und private Wohnungsunternehmen verpflichtet werden, eine Jugendquote von 10 % bei der Wohnraumvergabe einzuhalten. Dies entspricht dem Anteil 18- bis 26-Jähriger an der Berliner Gesamtbevölkerung. Die Warmmiete des der Jugendquote vorbehaltenen Wohnraums darf nicht mehr als 1 % des Bafögs-Höchstsatzes pro Quadratmeter betragen.
- Aufbau eines Azubiwerks und Ausbau der Wohnheimplätze für Studierende
Um gezielt Wohnraum für junge Auszubildende bereitstellen zu können soll ein Azubiwerk nach Münchner Vorbild gegründet werden. Durch ein Azubiwerk sollen langfristig Wohn- und Lebensbedingungen von Auszubildenden verbessert werden. Darüber hinaus muss das Studierendenwerk in die Lage versetzt werden, mehr Wohnheimplätze für Studierende zur Verfügung zu stellen.

Mobilität

Junge Menschen wollen selbstbestimmt, zuverlässig und sicher mobil sein, sowohl in der Innenstadt als auch am Stadtrand. Sie brauchen Wege, die ihnen Freiheiten eröffnen statt sie einzuschränken: um Freund*innen zu besuchen, für ihre Freizeit, um Jobs nachzugehen oder Schule, Ausbildung und Studium zu erreichen.

Jugendliche sind eigenständig vor allem zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV in Berlin unterwegs. Das Auto spielt für die meisten Jugendlichen eine untergeordnete Rolle. Eine autogerechte Stadt ist daher keine jugendgerechte Stadt. Zu einer jugendgerechten Mobilitätspolitik gehören deshalb gut ausgebaute, sichere Radwege, ein verlässlicher ÖPNV und Verkehrswege und -mittel, die günstig, bestenfalls kostenlos, zur Verfügung stehen. Und auch das Thema Nachhaltigkeit spielt eine relevante Rolle: Jugendgerecht bedeutet schließlich auch, zukunftsorientiert zu handeln. Für die Mobilitätspolitik heißt das, nicht nur zweckmäßig, sondern auch ressourcenschonend und klimabewusst ausgestaltet zu sein.

Unsere Forderung

- Ausbau von Radwegen
Junge Menschen benutzen oft das Fahrrad, um sich in der Stadt zu bewegen. Aus Jugendperspektive ist daher die Umsetzung des Berliner Mobilitätsgesetzes mit einem deutlich verstärkten Radwegausbau und der Instandhaltung von bestehenden Radwegen ein wichtiger Beitrag zu einer jugendgerechten Mobilitätspolitik, die die Sicherheit junger Verkehrsteilnehmer*innen deutlich erhöht. Zu einer guten Fahrradinfrastruktur gehören auch sichere Stellplätze, vor allem an Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten.

Jugendverbandsarbeit und politische Bildung

Jugendverbände sind Orte, an denen Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet wird. Kinder und Jugendliche lernen in Jugendverbänden, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Sie vertreten hier ihre

eigenen Interessen und setzen sich für andere ein. In Berliner Jugendverbänden sind junge Menschen ehrenamtlich aktiv. Sie gestalten Kinder- und Jugendgruppenarbeit, bilden Jugendleiter*innen aus, organisieren Ferienfreizeiten, Bildungsseminare, internationale Begegnungen oder Gedenkstättenfahrten und kooperieren mit Schulen. Über 300.000 Kinder und Jugendliche an mehr als 480 Orten in Berlin erreichen die Jugendverbände in Berlin. Das Besondere an Jugendverbänden ist, dass die Kinder und Jugendlichen selbst bestimmen, was sie anbieten möchten. Jugendverbände und ihre Jugendbildungsstätten sind Orte der politischen Bildung, die Grundlage für unsere Demokratie ist.

Unsere Forderungen

- Anpassung der Förderung an die Preissteigerung um 20 %
Der Verbraucherpreisindex stieg von 2020-2024 um 18,8 % bei nahezu gleichbleibender Förderung. Ein Abbau von Angeboten der Demokratieförderung, politischen Bildung und ehrenamtlichem Engagement war die Folge. Die Förderung der Jugendverbandsarbeit muss um mindestens 20 % erhöht werden, um den Stand von 2020 wieder zu erreichen. Darüber hinaus erleben wir, dass binnen kürzester Zeit aufgrund von globalen Konflikten bei uns die Preise zum Beispiel für Energie und Transport in die Höhe schnellen. Daher fordern wir eine jährliche Erhöhung der Fördermittel, die sich an der Steigerung des Verbraucherpreisindex orientiert.
- Ausbau der landesgeförderten Ferienreisen und Internationalen Begegnungen zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung
Das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) legt fest, wie viele Ferienreisen und Internationale Begegnungen das Land Berlin für Kinder und Jugendliche vorhalten muss. Diese gesetzliche Verpflichtung wird allerdings nicht einmal zur Hälfte erfüllt. Um sich schrittweise dem Anspruch zu nähern, muss, wie im Landesjugendförderplan der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie versprochen, die Förderung von Ferienreisen und Internationalen Begegnungen der Berliner Jugendverbände um 1 Mio. Euro erhöht werden.
- Investitionsprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendbildungsstätten
Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendbildungsstätten gehören zur Grundausstattung der Jugendarbeit. Zum großen Teil gibt es bei diesen Einrichtungen in Berlin erheblichen baulichen Sanierungsbedarf. Hinzu kommen notwendige Investitionen in die Barrierefreiheit, Energieeffizienz und Digitalisierung. Ein Investitionsprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendbildungsstätten im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaschutz“ des Bundes muss aufgelegt werden.

Ehrenamt

In Berliner Jugendverbänden sind etwa 50.000 junge Menschen ehrenamtlich aktiv. Sie legen die Grundlage dafür, dass Kinder und Jugendliche in Jugendverbänden erfahren, was es heißt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, sie vertreten in Jugendverbänden ihre eigenen Interessen und setzen sich für andere ein. Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen in Jugendverbänden ist unverzichtbar, da es eine wichtige Grundlage für die

solidarische und demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft jenseits populistisch-egoistischer Gesellschaftsvorstellungen bildet.

Kinder und Jugendliche erleben sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, bspw. in Ausbildung, Schule und Hochschule, aber auch aufgrund veränderter Kommunikationsformen als eine Jugend zwischen Beschleunigung und Verdichtung. Dies hat Auswirkungen auf ihre Bereitschaft und ihre Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren und auf ihre mentale Gesundheit. Kinder und Jugendliche verlieren so Freiräume, in denen sie sich und Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements erproben können. Sie verlieren Orte, in denen sie sich als Mitglieder einer solidarischen, offenen Gesellschaft erleben können. Die Gesellschaft verliert damit ebenso ein Lernfeld für Kinder und Jugendliche, in dem diese demokratische Verhaltensweisen erlernen, solidarisches Handeln erproben und an einer offenen Gesellschaft mitwirken können.

Unsere Forderungen

- Erstattung Verdienstaufschuss bei Freistellung für Ehrenamtliche
Jugendleiter*innen haben nach dem Berliner Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) gegenüber ihrem Arbeitgeber einen Anspruch auf Freistellung für ihr Engagement, z.B. wenn sie Seminare oder Juleica-Schulungen leiten oder bei Ferienfreizeiten als Teamer*innen mitarbeiten. Ein Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht aber nicht. Wie in vielen anderen Bundesländern üblich fordern wir eine Regelung zur Erstattung des Verdienstaufschusses durch das Land Berlin.
- Deutschlandticket für Juleica-Inhaber*innen
Ein Recht auf entgeltfreie Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erleichtert Jugendleiter*innen ihr ehrenamtliches Engagement, erkennt dieses an, baut Bürokratie ab und ist ein Mittel im Kampf gegen die Klimakrise. Deshalb sollen Juleica-Inhaber*innen ein kostenloses Deutschlandticket erhalten.

Jugendstrategie

Jugendliche schauen wenig optimistisch in die Zukunft, Ängste vor der persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft nehmen zu. Inflation, Kriege, der prekäre Wohnungsmarkt, der Klimawandel und soziale Unsicherheit belasten junge Menschen. Gleichzeitig haben junge Menschen den Eindruck, dass ihre Perspektiven wenig Relevanz für politische Entscheidungen haben. Das frustriert sie und lässt sie daran zweifeln, dass demokratische Politik ihnen gute Bedingungen für ihr Aufwachsen garantieren kann.

Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen alle jungen Menschen gut aufwachsen können - mit sicheren Perspektiven und gleichen Chancen. Eine gute Jugendpolitik richtet sich an alle jungen Menschen. Sie erkennt, dass Jugend eine eigenständige Lebensphase ist und setzt sich zum Ziel, die Lebenslagen und die Zukunftsperspektiven junger Menschen zu verbessern.

Unsere Forderungen

- Senatsinitiative für eine Jugendstrategie

Grundlage für eine gute Jugendpolitik ist eine Jugendstrategie. Die hat Berlin bislang aber noch nicht, anders als auf Bundesebene oder in einigen anderen Bundesländern. Um zu einer Jugendstrategie zu kommen bedarf es eines Senatsbeschlusses, am besten auf Initiative der Jugendsenatorin/des Jugendsenators. Unter Leitung der Jugendverwaltung wird eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe des Senats gebildet und ein begleitender Beirat mit jungen Menschen und Fachorganisationen berufen. Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe formuliert konkrete Ziele für eine gute Jugendpolitik in Berlin und entwickelt für jedes Ressort des Berliner Senats Maßnahmen und Pläne zur Umsetzung. Die durch die Arbeitsgruppe erarbeiteten Ziele und Maßnahmen werden dann durch den Senat beschlossen und durch die einzelnen Senatsverwaltungen umgesetzt. Die Umsetzung muss in regelmäßigen Abständen evaluiert werden.

- Berliner Kinder- und Jugendbericht

Wichtig für eine lebensnahe Jugendstrategie ist das Wissen um die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen in Berlin. Ein Kinder- und Jugendbericht muss die dafür notwendigen Daten liefern. Einen solchen Bericht gab es, obwohl er laut § 42 AG KJHG regelmäßig vorzulegen ist, zuletzt im Jahr 2000. Ein aktueller Berliner Kinder- und Jugendbericht ist sowohl als Grundlage für eine Jugendstrategie als auch als Basis für die Jugendförderpläne auf Bezirks- und Landesebene unverzichtbar.

Beschlossen von der 37. Mitgliederversammlung des Landesjugendring Berlin am 21.3.2026.